

Den Krieg überdenken

Kriegstheorien und Kriegsbegriffe in der Kontroverse – ein Tagungsbericht

1. Krieg in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung

»Krieg« erlebt in öffentlichen und wissenschaftlichen Kontroversen seit Ende der 1990er-Jahre eine anhaltende Konjunktur, die beinahe den Eindruck erweckt, es hätte Phasen gegeben, in denen es keine Kriege in der internationalen Politik gab. Diese Täuschung gilt freilich selbst für Europa nur eingeschränkt. Politisch ist das Thema durch die lebhaften öffentlichen Debatten zu den Kriegen in Kosovo, Afghanistan und Irak stark ins öffentliche Bewusstsein der westlichen Demokratien gerückt, wissenschaftlich ist es jüngst vor allem die Literatur zum »Neuen Krieg« und zum Wandel der Gewaltformen, die in der internationalen Politikwissenschaft wieder die Aufmerksamkeit auf den gewaltsamen Austrag von Konflikten fokussiert. Die wissenschaftliche Diskussion reflektiert seit einiger Zeit, in welchem Maße unser gewohntes Denken über den Krieg der Realität hinterher hinkt, weil unsere Begriffe von »Krieg« nach wie vor relativ stark an den Staat europäischer Prägung gebunden bleiben und weil das öffentliche Reden vom »Krieg« zu wenig zwischen unterschiedlichen Formen politischer Gewalt (Krieg, Terrorismus, privatisierte Gewalt, Gewaltkriminalität u. a.) differenziert. Dies ist alles andere als ein bloß akademisches Problem, da zum einen defizitäre Auffassungen westlicher Entscheidungsträger über Ursachen, Verlauf und Eskalationsdynamiken von möglicherweise neuen Gewalttypen wirkungslose oder gar riskante Interventions- und Befriedigungsstrategien befördern. Zum anderen ist die Bezeichnung von kollektiver politischer Gewalt als »Krieg« immer auch als Versuch zu interpretieren, politische Legitimation für militärische Gegenmaßnahmen zu beschaffen.

Vor diesem Hintergrund zielte die Tagung »Neuere Kriegstheorien – eine Zwischenbilanz«¹ darauf ab, die im letzten Jahrzehnt aufgekommenen Begriffe, Konzepte und Theorien des Krieges zu sichten und kritisch zu beleuchten (wobei es sich teils um neue Begrifflichkeiten, teils um die Akzentuierung alter Konzepte wie des »gerechten Kriegs« handelt): Welche empirischen Phänomene können sie jeweils erklären, welche analytischen Stärken und Schwächen haben sie, welche normativen Fragen werfen sie auf? Da Konsens darüber herrscht, dass es nicht *eine* Theorie des Krieges, nicht *eine* Definition oder *eine* Typologie des Krieges geben kann, führte die Konferenz Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Politischer Theorie

1 Die Tagung wurde von der DVPW-Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte in Kooperation mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) vom 25. bis 27. März 2004 an der Universität Frankfurt a. M. durchgeführt und von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert.

und den Internationalen Beziehungen zusammen, um eine konzeptionelle Reflexion über ganz unterschiedliche Deutungen von politischer Gewalt im Lichte empirischer Forschungsarbeiten und öffentlicher Debatten anzuregen. Das verbindende Band der Tagungsbeiträge bildete die Erörterung der Frage, ob sich das internationale Gewaltgeschehen tatsächlich so stark verändert (hat), wie einige Autoren und Konzepte behaupten, oder ob sich im Wesentlichen doch nur unsere Wahrnehmung sicherheitspolitischer Herausforderungen seit dem »Epochenwechsel« 1990 und noch einmal seit den Terroranschlägen vom 11.9.2001 verändert (hat).

2. Die Zukunft des zwischenstaatlichen Krieges

Ein Vorwurf der Literatur zum Formwandel politischer Gewalt lautet, dass in den NATO-Staaten politische Gewalt immer noch mit den Kategorien erfasst würde, die galten, als der Staat der Monopolist des Krieges war. Das heißt, grundlegende Grenzziehungen vorauszusetzen, die im Rahmen einer höchst kontingenten historischen Entwicklung des zentraleuropäischen Staatensystems so nur die europäischen Territorialstaaten entwickeln und gewährleisten konnten: Innen – Außen (Polizei – Militär), Krieg – Frieden, Freund – Feind, Kombattanten – Nichtkombattanten, Kriegshandlungen – Gewaltkriminalität, Gewaltanwendung und Erwerbsleben. Die Wirklichkeit des Krieges lässt sich mit diesen Kategorien jedoch vielfach nicht mehr erfassen. Das idealisierte Modell des »klassischen« zwischenstaatlichen Krieges des 18. und 19. Jahrhunderts befindet sich im internationalen Kriegsgeschehen seit 1945 auf dem Rückzug, während der dominierende Kriegstyp der innerstaatliche Krieg ist. Erscheint es auf den ersten Blick plausibel, dass mit dem in der gesamten Politikwissenschaft viel diskutierten Wandel der Staatlichkeit durch vielfältige Prozesse der Denationalisierung auch die soziale Institution »Krieg«, die stark an den klassischen Staat gebunden war, einem enormen Wandel unterliegt, so darf dies dennoch nicht dazu verleiten, die Entstaatlichung des Krieges als einzigen oder gar irreversiblen Trend zu interpretieren.

Durch die neue Betonung innerstaatlicher Kriege gerät der Überblick über das Gesamtgeschehen in den Hintergrund, da anstelle der Entstaatlichung des Krieges eine weltpolitische Gemengelage von gleichzeitiger Entstaatlichung und fortgesetzter Verstaatlichung des Krieges zu konstatieren ist. Anna Geis wies darauf hin, dass Krieg und Staatlichkeit in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen. So wird der Westen weiterhin versuchen, in die *failed states* Staatlichkeit nach seinem Muster zu exportieren, notfalls gewaltsam, d. h., misslingende Staatsbildung wird auch von erneuten Versuchen der Rekonstruktion von Staatlichkeit ergänzt. Entgegen der vorläufigen These vom Verschwinden zwischenstaatlicher Kriege kann man drei Kontexte identifizieren, in denen auch in Zukunft zwischenstaatliche Kriege nicht auszuschließen sind: Erstens bestehen klassische Sicherheitsdilemmata z. B. im Nahen und Mittleren Osten und Südasiens fort; zweitens müssen Regime, die gravierende Menschenrechtsverletzungen begehen oder UN-Resolutionen missachten (»Schurken«- oder »Problemstaaten«), zunehmend damit rechnen, faktisch ihre Souveränität zu verlieren und schließlich zum Objekt militärischer Aktionen zu werden. Drittens

führt die Reaktion westlicher Staaten auf den transnationalen Terrorismus zur Stärkung ihrer Sicherheitsapparate und zur Schwächung demokratischer Prozesse; Militäraktionen gegen (vermeintliche) *harbouring states* von Terroristen könnten vor diesem Hintergrund als Recht zur Selbstverteidigung deklariert und nach eigenem Ermessen durchgeführt werden. Dass Staat/Staatlichkeit und Souveränität zentrale Referenzpunkte sowohl von Konfliktakteuren als auch der internationalen Konfliktforschung bleiben, unterstrich auch Sven Chojnacki in seinem Kommentar. Jedoch sollte man sich dabei vor einer euro-zentrierten Sicht hüten, da eine solche die Ungleichzeitigkeiten und Ungleichförmigkeiten des Krieges nur schwer wahrzunehmen vermag (und die möglicherweise auch den »klassischen«, »Clausewitzschen« Kriegstyp in Europa idealisiert hat, da es diesen wohl selten wirklich gab).

Dass die jüngste Diskussion von »neuen« Einzelphänomenen oft den Blick auf die gesamte weltpolitische Sicherheitsarchitektur und die in dieser fortbestehenden »alten« Elemente wie z. B. Sicherheitsdilemmata verstellt, betonten auch Herfried Münkler und Dieter Senghaas in ihrem Podiumsgespräch.² Analysen aktueller Konflikte und Szenarien potenzieller Konfliktkonstellationen sollten sich nicht nur mit »Neuen Kriegen«, sondern auch stärker mit hegemonialen Konfliktkonstellationen (z. B. der zukünftigen Rolle Chinas), der Entstehung imperialer Ordnungen als Alternative zum territorialstaatlichen Ordnungsmodell des Politischen sowie den Entwicklungsdilemmata von Regionen und der möglichen Unregierbarkeit ganzer Territorien auseinandersetzen.

3. *Neue Kriege oder alte Thesen?*

An der Theorie bzw. der Debatte zum »Neuen Krieg« wird zunehmend Kritik laut. Kriegsursachen- und Konfliktforscher, die sich schon lange mit innerstaatlichen Kriegen v. a. in Afrika und Asien befassen, vermögen bei weitem nicht so viel »Neues« in der Debatte zu erkennen, wie die Rede von den »Neuen« Kriegen nahelegt. Nicht nur sind prinzipielle Zweifel angebracht, ob der Begriff »neu« sinnvoll ist, um nützliche Unterscheidungen und theoretisch gehaltvolle Fragen hervorzu- bringen. Auch einige der hierunter behandelten Phänomene wie Asymmetrie, massive Regelverletzungen im Krieg oder die Kriegführung durch nicht-staatliche Akteure gibt es seit langem bzw. sind teils so alt wie der Krieg selbst. Sie sind jüngst allenfalls neu entdeckt worden, wie Harald Müller in seinem Eingangsstatement hervorhob. Dass zahlreiche Erkenntnisse nunmehr als »neu« präsentiert werden, die bereits seit langem in der Kriegsursachenforschung diskutiert werden, führte auch Klaus Schlichte in seinem Beitrag aus: So würden einige Thesen wie jene der Barbarisierung von Gewalt oder der Dominanz ökonomischer Motive nicht durch systematische vergleichende Forschung untermauert, stattdessen bleibe die Operationalisierungsbasis dieser Behauptungen unklar und beruhe eher auf anekdotischer Evidenz.

2 Eine Dokumentation des Gesprächs findet sich unter dem Titel »Alte Hegemonie und Neue Kriege« in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 49 (2004): 5, 539-552.

Warum aber gibt es gegenwärtig einen Diskurs über das »Neue« des Krieges? Klaus Schlichtes These lautet, dass mit diesem Diskurs in der sicherheitspolitischen Umbruchphase seit 1990 und insbesondere seit dem 11.9.2001 eine neue »legitime Problematik« etabliert werden soll. In dieser vermischen sich politische Ordnungsvorstellungen mit theoretischen Haltungen und werden für die unterschiedlichen Legitimationsdiskurse in Öffentlichkeit, politischer Praxis und Sozialwissenschaften verwendbar. Bei aller Kritik an der Debatte zu den »Neuen« Kriegen ist festzuhalten, dass sie wissenschaftlich Weiterführendes enthält, indem sie stärker als zuvor die Aufmerksamkeit auf das soziale und politische Geschehen *im* Krieg lenkt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren Verknüpfung von Kriegstheorien mit Gesellschaftstheorien. Eine solche Verknüpfung könnte dazu beitragen, die hinter vielen nicht-westlichen Konfliktphänomenen stehende Informalisierung des Politischen angemessener zu erfassen; westliche Forscherinnen und Forscher übertragen bislang noch zu häufig die eigenen etablierten Vorstellungen vom Politischen auf andere Regionen.

Nimmt man das gesamte Kriegsgeschehen seit 1990 in den Blick, kommt nicht nur den in der jüngsten Debatte besonders akzentuierten *low-intensity*-Konflikten, den Bürgerkriegen und der privatisierten Gewalt ein besonderes Gewicht zu, sondern zunehmend auch »Weltordnungskriegen«, die sowohl auf Seiten der wechselnden westlichen Bündnisse als auch der verschiedenen islamistischen Gruppierungen seit dem 11.9.2001 die weltpolitischen Konfliktkonstellationen zu prägen beginnen. Im Gegensatz zur Akzentuierung ökonomischer Motive in den »Neuen Kriegen« sind bei solchen »Weltordnungskriegen« eine fundamentale Re-Ideologisierung und Re-Politisierung des Krieges und der Gewalt zu beobachten, worauf Andreas Herberg-Rothe in seinem Kommentar hinwies.

4. Die Theorie des Kleinen Krieges »revisited«

Neben den »Neuen Kriegen« stellt der »Kleine Krieg«, der immer schon eine Begleiterscheinung des »Großen Krieges« war und u. a. bereits von Clausewitz und Mao Tse Tung thematisiert wurde, ein weiteres nunmehr viel diskutiertes Konzept dar. Christopher Daase (1999), der dieses Konzept zu einer Theorie mit Prognosen über die Folgen einer solchen Kriegführung für die betroffenen staatlichen und nicht-staatlichen Akteure und für das internationale System ausgearbeitet hat, wies auf drei Bereiche hin, in denen die Theorie in Zukunft weiterentwickelt werden könnte: So müsste in weiteren systematisierenden Vergleichen spezifiziert werden, unter welchen Bedingungen eine Stärkung und wann eine Schwächung des kämpfenden staatlichen Akteurs eintritt, und unter welchen Bedingungen es zu einer Politisierung und wann es zu einer Entpolitisierung bzw. Kriminalisierung der nicht-staatlichen Akteure kommt. Gewinnbringend wäre zudem bei der Analyse des staatlichen Akteurs, diesen nach Demokratie und Nicht-Demokratie zu differenzieren. Das würde es ermöglichen, an die intensive Forschung zum »demokratischen Frieden« anzuschließen, der zufolge Demokratien in zwischenstaatlichen Kriegen häufiger gewinnen, mehr Ressourcen aufwenden, ihre Soldaten besser ausbilden und

opfersensibler sind – es wäre systematisch zu überprüfen, ob dies alles auch auf die Kleinkriegführung von Demokratien zutrifft.

Vielversprechend erscheint schließlich eine Überprüfung von Erwartungen der Theorie des Kleinen Krieges im Lichte des globalen »Krieges gegen den Terrorismus«. Zwar sind Krieg und Terrorismus keinesfalls gleichzusetzen, jedoch erzeugen beide durch die Reaktionen der betroffenen Staaten durchaus ähnliche Folgen für die internationale Politik. Die Globalisierung des *Counterterrorismus* kann man daher wie einen Kleinen Krieg im Weltmaßstab betrachten: Zentrale Normen des Völker- und Kriegsrechts werden verletzt oder untergraben, Institutionen des internationalen Systems transformiert, und auch innenpolitisch zeichnen sich Veränderungen wie die Einschränkung von Bürgerrechten oder die Stärkung der Staatsapparate ab. Angesichts der ideologischen Unterfütterung z. B. des islamistischen Terrorismus sollte man zudem die inhaltlichen Ziele und Motivationen der nicht-staatlichen Akteure systematisch in die Analyse und die qualitative Bestimmung von Kriegen einbeziehen, wie Tine Stein in ihrem Kommentar hervorhob.

5. Die Aktualität der Theorie des »gerechten Krieges«

In demokratischen Systemen müssen Militäreinsätze immer öffentlich legitimiert werden, zumal sich zahlreiche Demokratien zu »post-heroischen« Gesellschaften entwickeln, in denen das Opfern von Soldaten stärker abgelehnt wird als früher. Dass westliche Demokratien nicht unbedingt zu umfassendem »militärischen Humanismus« neigen, wie Ulrich Beck (1999: 989) dies einst im Gefolge des Kosovo-Krieges prognostizierte, liegt neben ihrer Opfersensibilität auch an den erheblichen finanziellen Belastungen, die mit der Intervention, der Friedenssicherung und dem Wiederaufbau eines Staates verbunden sind. Vor diesem Hintergrund kann die Renaissance von Konzepten des »gerechten Krieges« als eine Antwort auf solche Legitimationsprobleme in westlichen Demokratien gelesen werden: Die häufig »zögerliche« politische Öffentlichkeit soll mit moralischen Argumenten für eine Zustimmung zum Militäreinsatz mobilisiert werden, der von den politischen Entscheidungsträgern als richtig erachtet wird. Freilich wirft die Inanspruchnahme der Formel des »gerechten Krieges«, wie sie insbesondere im Zuge des Kosovo-Krieges und des jüngsten Irak-Krieges wieder zu beobachten war, jahrzehntelange Entwicklungen im Völkerrecht über Bord. Letzteres bindet das Recht zum Krieg bis auf strikt geregelte Ausnahmefälle an das Votum des UN-Sicherheitsrates, während gleichzeitig keine Diskriminierung zwischen souveränen Staaten vorgenommen werden darf, d. h., wer jenseits davon »gerechte Kriege« zu führen vorgibt, ermächtigt sich selbst und setzt sich über das Völkerrecht hinweg. Dabei werden oft machtrealistische mit normativen Positionen vermischt.

Die Theorie des »gerechten Krieges«, die in der Regel für Situationen der Notwehr (Selbstverteidigung) und der Nothilfe (»humanitäre Intervention«) in Anspruch genommen wird, steht massiv in der Kritik: Zum einen ist schwer zu begründen, wie Kriege jemals gerecht sein können, da immer Unschuldige sterben; zum anderen öffnet die Vagheit und die normative Aufladung der unterschiedlichen

Kriterien des *ius ad bellum* und des *ius in bello* der eigeninteressierten und willkürlichen Auslegung Tür und Tor. Wer legitimierte seine Gewalt nicht gerne mit dem Etikett »gerecht«? Trotz der berechtigten Kritik an Theorien des »gerechten Krieges« verwiesen Mattias Iser in seinem Beitrag und Peter Mayer in seinem Kommentar auf die Nützlichkeit der Moralphilosophie als inhaltliches Korrektiv für die kritische Begleitung und materiale Fortschreibung des Völkerrechts. Denn schließlich muss jedes Recht auch normative Geltung haben, es weist also einen internen Bezug zu moralischen Überlegungen auf. Da sich das Spannungsverhältnis von Moral und Recht, Legalität und Legitimität niemals ganz auflösen lässt, müsste diese Spannung durch institutionelle Vorkehrungen zumindest verringert werden. Daraus folgt, dass tiefgreifende Reformen des UN-Systems unabdingbar sind, um eigenmächtige militärische Schritte von einzelnen Staaten oder Staatengruppen, die als »gerecht« oder »gerechtfertigt« ausgegeben werden, zu verhindern. Nun treten jedoch mit dem transnationalen Terrorismus und der gewaltsamen Reaktion der attackierten Staaten neue (auch begriffliche) Herausforderungen auf, die die Anwendung der Theorie des »gerechten Krieges« noch weiter in Frage stellen. Nützlich als diese Theorie erscheint daher die Entwicklung einer ausdifferenzierten Theorie legitimer allgemeiner (polizeilicher, militärischer und revolutionärer) Gewalt – eine solche Theorie ist aber nicht einmal ansatzweise in Sicht.

6. Vom »demokratischen Frieden« zum »demokratischen Krieg«?

Langanhaltende Bürgerkriege, gravierende Menschenrechtsverletzungen und grenzüberschreitende Flüchtlingsströme rufen seit dem Ende des Kalten Krieges früher oder später eine Reaktion der wirtschaftlich und militärisch stärksten Staaten der Welt hervor; teils wird ihre Intervention erbeten, teils wird sie von den intervenierenden Staaten selbst als unumgänglich erachtet. Angesichts dieses verstärkten Interventionismus werden auch einige der Hauptprämissen einer der wichtigsten Friedenstheorien der Internationalen Beziehungen fragwürdig, der des »demokratischen Friedens«. Durch die zahlreichen Militäraktionen der Demokratien wird zwar nicht die dyadische Variante des demokratischen Friedens in Frage gestellt, die besagt, dass Demokratien lediglich gegeneinander (fast) keine Kriege führen; die monadische Variante behauptet jedoch, dass Demokratien generell friedlicher in ihrem Außenverhalten sind als andere Herrschaftstypen. Die *relativ* häufige Beteiligung von Demokratien an militärischen Konflikten, insbesondere seit 1990, bedarf im Lichte dieser monadischen Variante einer besonderen Beachtung und Erklärung. Es erscheint angebracht, neben der viel diskutierten Theorie des »democratic peace« über eine komplementäre Theorie des »democratic war« nachzudenken, die klären müsste, ob Demokratien eben nicht nur eine spezifische Friedensfähigkeit eignet, sondern sie gleichzeitig Ansätze zu einer ebenso demokratiespezifischen Kriegsneigung entwickeln.

Eine solche *demokratiespezifische* Kriegsneigung könnte sich seit 1990 im Führen von »Erzwingungskriegen« zeigen, wie Lothar Brock darlegte: Dies sind Kriege zur Durchsetzung substanzieller Normen (insbesondere Menschenrechte) unter Miss-

achtung oder unvollkommener Anwendung prozeduraler Normen. Der internationale Handlungsbedarf ist dabei von den Demokratien selbst stark erhöht worden, da sie es waren (und sind), die die Positivierung substanzieller Rechte des Individuums, die Förderung von Demokratie und *good governance* als Gegenstand staatenübergreifenden Rechts vorangetrieben haben (und weiter vorantreiben) – gleichzeitig allerdings verweigern sich Demokratien der entsprechenden Ausweitung internationaler kollektiver Handlungsfähigkeit zur Umsetzung dieses immer komplexer werdenden Normengefüges. Dahinter könnte auch die Furcht vor dem Verlust nationalstaatlicher demokratischer Selbstbestimmung durch ein Übermaß an internationaler Selbstbindung stehen, die sich derzeit noch demokratischer Kontrolle entzieht. Ein Demokratiebegriff, der sich auf Volkssouveränität gründet, verwehrt sich schließlich globalen Verfassungsprozessen und der Entstehung von Weltstaatlichkeit. Dass die Herausbildung prozeduraler Normen nicht Schritt hält mit der Ausbreitung substanzieller Normen führt dazu, dass der Handlungsbedarf eher über eine eigenmächtige Interpretation prozeduraler Völkerrechtsnormen zur Durchsetzung substanzieller Normen abgearbeitet wird (Erzwingungskriege) als über den Ausbau einer kollektiven Friedenssicherung. Ein konstruktiver Umgang mit dem Widerspruch, das machte Brocks Beitrag deutlich, müsste drei Aufgaben bewältigen: Beharren auf dem Legitimationsmonopol des UN-Sicherheitsrates für die Anwendung von Gewalt, Ausbau der internationalen Gerichtsbarkeit und strikte Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips bei der Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.

Überlegungen zur Entwicklung einer Theorie des »demokratischen Krieges« tragen möglicherweise auch zur Überwindung einiger Schwächen und Blindstellen der Theorie des »demokratischen Friedens« bei, da diese nach wie vor nicht den kausalen Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden nachweisen kann, sondern sich auf Korrelationen stützt. So könnte die Friedlichkeit von liberalen, demokratischen Verfassungsstaaten z. B. auch eher auf ihre Rechtsstaatlichkeit als auf ihr »Demokratisch-Sein« zurückzuführen sein, wie Bernd Ladwig in seinem Kommentar zu bedenken gab. Träfe diese Diagnose zu (und bezweifelte man die Gleichursprünglichkeit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), wäre in politisch-praktischer Hinsicht der »Export« von Rechtsstaatlichkeit der größere Garant friedlicher Staatenbeziehungen als der bislang vorrangig betriebene »Export« von Demokratie.

7. Makrotheoretische Deutungen des Konfliktgeschehens

Neben der Entwicklung einzelner Konzepte, Begriffe und Theorien des Krieges, wie Neuer Krieg, Kleiner Krieg, gerechter Krieg und demokratischer Krieg gibt es auch im makrotheoretischen Bereich bislang vernachlässigtes innovatives Analysepotenzial. So könnte z. B. die Theorie der Weltgesellschaft zur Erklärung der gemischten Befunde der empirischen Kriegsforschung beitragen. Thorsten Bonacker erläuterte, dass der Schlüssel zu einer derartigen Erklärung von empirischen Befunden in der Ambivalenz der Evolution der Weltgesellschaft liegt. Diese Ambivalenz kann am besten durch das Theorem der Entgrenzung beschrieben werden: Entgrenzung

bedeutet nicht das Verschwinden von Grenzen, sondern verweist auf den institutionellen Wandel von Grenzen hin, d. h. den Bedeutungsverlust bestimmter Grenzen, auf Veränderungen im Verhältnis von Grenzen zueinander und auf die Entstehung neuer Grenzen (*Rebordering*). Entgrenzungsprozesse sind nicht nur als Entkopplungen räumlich-territorialer Art zu verstehen, sondern sie umfassen auch die Entkopplung funktionaler und symbolischer Grenzen. Das Neuziehen von Grenzen kann unter bestimmten Bedingungen, die näher untersucht werden müssten, zu starken Konflikten bis hin zu Kriegen führen. »Neue Kriege« resultieren, so gesehen, aus der Entkopplung von nationalstaatlich organisierter Inklusion, politischer Vergemeinschaftung und territorialer Integrität. Jedoch ist nicht nur der Krieg entgrenzt, sondern auch der Frieden, wie Verrechtlichungsprozesse, *Peace-Keeping*-Einsätze, OSZE-Missionen und die Institutionalisierung eines transnationalen Menschenrechtsregimes zeigen. Diese Ambivalenz von Entgrenzungsprozessen ist kongruent mit den zwiespältigen Ergebnissen der Kriegsforschung: einerseits die Zivilisierung zwischenstaatlicher Beziehungen, die durch transnationale Regime- und Institutionenbildungen vorangetrieben wird, andererseits die Zunahme von innerstaatlichen Konflikten. Zukünftige Forschung im Rahmen des Weltgesellschaftskonzepts müsste empirisch näher bestimmen, unter welchen Umständen Grenzen konfliktverschärfend und wann sie konfliktdämmend wirken, wie Alex Demirovic in seinem Kommentar unterstrich.

8. *Ergebnisse und Ausblick*

Fachwissenschaftlich scheint das Problem des »Krieges« nach Jahren der Marginalisierung in Deutschland derzeit ins Zentrum der Politikwissenschaft zurückzukehren. Es war geradezu überfällig, dass das Gros der IB-Forschung, das sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hauptsächlich den zivilen Formen des Regierens jenseits des Nationalstaates widmet, durch eine verstärkte Thematisierung gewaltsamer Formen »politischer Regulierung« ergänzt wird. Ähnlich könnte für die deutsche politische Theorie und Philosophie die prinzipielle Auseinandersetzung mit Gewalt und Krieg neben den auch hier wesentlich besser integrierten »zivilen« Themenbereichen – wie insbesondere Demokratietheorie, normative politische Theorie und Moralphilosophie – wichtige Impulse erbringen. Über die Kooperation von Zweigdisziplinen und die Verknüpfung von Themen wie Krieg und Frieden und Unterentwicklung hinaus erscheint auch mehr Interdisziplinarität mit Fächern wie der Soziologie, Ethnologie und Anthropologie nötig.

Bilanziert man die jüngsten Debatten über den Krieg, drängt sich der Schluss auf, dass vieles, was als »neu« diskutiert wird, nur teilweise dieses Attribut auch verdient. Besonders wichtig ist, dass sich seit 1990 der Kontext unserer Wahrnehmung wesentlich verändert hat: Lange Zeit wurden alle Konflikte und mögliche Bewältigungsstrategien in der Logik der Blockkonfrontation gedeutet (wie sich z. B. am Begriff der »Stellvertreterkriege« zeigen lässt), inzwischen werden neue Strategien des Umgangs mit diesen Konflikten gesucht. Die vielfache Betonung von »Neuem« hat zur Vernachlässigung der Erforschung »alter« Konfliktfaktoren wie Hegemonie-

konstellationen, Sicherheits- und Entwicklungsdilemmata geführt, die wieder stärker aufgegriffen werden sollten, zumal sie für die Bestimmung von Misch- und Übergangsformen von »Altem« und »Neuem« relevant sind. Betrachtet man gegenwärtig dominante westliche Diskurse über Krieg und Gewalt, sollte man zudem in Rechnung stellen, dass unsere Beschreibungen dieser Gewalt in die Selbstbeschreibungen der betroffenen Akteure eingehen und möglicherweise auch deren Praxis beeinflussen könnten. Dieser Fragenkomplex wurde in der abschließenden Podiumsdiskussion nochmals kritisch erörtert (Klaus Jürgen Gantzel, Andreas Hasenclever, Marcus Llanque und Matthias Lutz-Bachmann).

Zukünftige Forschung zum Krieg sollte sich stärker mit der Kriegführung von Demokratien, mit der Erhaltung des Primats des Politischen im Krieg und mit den Entscheidungen politischer Eliten befassen. Die Theoriebildung müsste sich wesentlich stärker auf vergleichende empirische Untersuchungen stützen und einen Perspektivenwechsel von Globaltheorien hin zu lokalen Bedingungen vollziehen. Insgesamt sollten Kriegsursachen, Kriegsgeschehen und Kriegsfolgen zusammen in den Blick genommen werden. Zudem erscheint eine systematische Verknüpfung von Kriegs- und Friedenstheorien erforderlich. Die Tagung hat verdeutlicht, dass zur Bewältigung dieser Aufgaben eine verstärkte Kooperation der Internationalen Beziehungen, der Politischen Theorie und der Soziologie sehr förderlich ist und in übergreifenden Forschungsprojekten institutionalisiert werden sollte.

Tagungspapiere:³

Bonacker, Thorsten (Universität Marburg): Krieg und die Theorie der Weltgesellschaft. Auf dem Weg zu einer Konflikttheorie der Weltgesellschaft.

Brock, Lothar (Universität Frankfurt a. M.): Umriss einer Theorie des Demokratischen Krieges.

Daase, Christopher (University of Canterbury at Kent): »Kleine Kriege« revisited.

Geis, Anna (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.): Das staatliche Gewaltmonopol zwischen Behauptung und Infragestellung.

Iser, Mattias (Freie Universität Berlin): Zur Aktualität des »gerechten« Krieges.

Schlichte, Klaus (Humboldt-Universität Berlin): Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft.

Literatur

Beck, Ulrich 1999: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44: 8, 984-990.

Daase, Christopher 1999: Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert, Baden-Baden.

3 Ein Tagungsband mit weiteren Beiträgen von KommentatorInnen und PodiumsteilnehmerInnen wird 2005 in der Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte im Nomos-Verlag erscheinen.